



Kein Bock auf Wahlkampf

Die Saarländer entscheiden über ein neues Parlament. Man merkt es kaum. Seite 2

Foto: dpa/Oliver Dietze

Der Erste

Mutasim Ali ist der erste Sudanese, der in Israel Asyl bekam. Seite 3

Schwieriges Erbe

Kontroverse Debatten: Was bleibt vom Kommunismus? Seite 16

Grafik: nd

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 27. Februar 2017

72. Jahrgang/Nr. 49

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Querschüsse gegen Genf

Roland Etsel zum Störfeuer auf die Syrien-Verhandlungen

Pünktlich jedes Mal, wenn es Bemühungen gibt, den Syrien-Konflikt einzudämmen, eskaliert die Lage im Kriegsgebiet. Es sind einmal die opferreichen und Gegenschläge provozierenden Attentate der »Rebellen«, die das Klima in Genf vergiften. Es ist aber auch die Orchestrierung durch einen Resolutionsantrag im UN-Sicherheitsrat – eingebracht von Frankreich, Großbritannien und den USA –, mit dem ausgerechnet jetzt neue Sanktionen gegen Syrien verhängt werden sollen. Wegen des angeblichen Einsatzes von Chemiewaffen im vorigen Jahr, der nicht bewiesen ist und zu dem es auch aktuell keine neuen Erkenntnisse gibt.

Während sich zeitgleich der Syrien-Gesandte der UNO in Genf bemüht, die anwesenden Vertreter der kriegführenden Exilgruppen und Milizen zu einem direkten Dialog mit den Regierungsvertretern zu bewegen, sollen diese in New York also stellvertretend an den Pranger gestellt werden. Wenn man eine Annäherung der Kriegsgegner, die bisher nicht stattgefunden hat, auch weiter verunmöglichen will, müsste man es etwa genau so anstellen.

Die gemeinsame Initiative von Russland und der Türkei, die in Syrien ungeachtet dessen weiter auch Kriegsgegner sind, hat die westlichen Staaten in Sachen Syrien ins Abseits gestellt. Gegen sie und ihre Schützlinge in der Region wie Saudi-Arabien wird Frieden kaum zu erringen sein. Wollten sie das unter Beweis stellen? Für Genf und damit Syrien sind das sehr betrübliche Aussichten.

UNTEN LINKS

In Berlin ist bekanntlich alles ein bisschen mehr crazy als woanders in der schnarchigen Welt. Mit Ziege in der U-Bahn, bis nachmittags um drei im Berghain, bis 19 Uhr Frühstück im Restaurant, und dazu ein Bürgermeister, der Michael Müller heißt. Gut, dafür kann er nichts. Was sich die Stadt jetzt aber erdacht hat, mutet doch absurd ahistorisch an. In der Geschichte haben Mauern, und damit kennt man sich nun gerade aus, noch nie etwas Gutes bezweckt. Einsperren, aussperren, immer geht es dabei inhuman zu bis nach Meppen. Während überall auf der Welt Menschen mit Mauern von einem legitimen Bedürfnis, irgendwo rein oder raus zu kommen, abgehalten werden, denkt sich ein Berliner Stadtrat: Wie wäre es, mit einer Mauer eine Mauer zu schützen? Und wovor? Genau, vor Menschen. Die Eastside Gallery soll ein Absperrgitter bekommen. Kein »Pablo was here« mehr unter den »Bruderkuss« Honecker/Breshnew gekritzelt. Sowas kann sich nur ein Grüner ausdenken. cod

Bombenterror und Gespräche

Syrien erlebte ein blutiges Wochenende / Kein Verhandlungsfortschritt in Genf



Nach dem Selbstmordattentat vom Freitag in der nordsyrischen Stadt Al-Bab, das 83 Todesopfer forderte

Foto: AFP/Nazir al-Khatib

Genf. Zwar wurden die Gespräche zu Syrien am Wochenende fortgesetzt, aber überschattet und schwer beeinträchtigt wurde das diplomatische Ringen in Genf von verheerenden Anschlägen in Syrien selbst. So sprengten sich in der drittgrößten Stadt Homs mehrere Attentäter vor Gebäuden der Sicherheitsbehörden in die Luft. Unter den 30 Toten befindet sich laut syrischem Fernsehen der Chef des Militärgeschwaders in Homs, Hassan Daabul.

Zu den Anschlägen bekannte sich die Dschihadistenmiliz Fateh al-Scham, früher Nusra-Front. Die syrische Regierung drohte Vergeltung an. Die Attentate seien eine »klare Bot-

schaft der Terroristen« an die Friedensgespräche in Genf, sagte der syrische Unterhändler Baschar al-Dschaafari in der schweizerischen Stadt. Nach unbestätigten Meldungen soll es noch am Sonnabend Luftangriffe auf Stellungen der Regierungsgegner nahe Homs gegeben haben.

Auch der UN-Sondergesandte zu Syrien wertete die Anschläge als Versuch, die neuen Friedensgespräche zu torpedieren. »Jedes Mal, wenn wir Gespräche oder Verhandlungen führen, gibt es jemanden, der versucht, das zu ruinieren«, erklärte Staffan de Mistura in Genf. Bereits am Freitag waren bei einem Selbst-

mordattentat in Al-Bab 83 Personen getötet worden. Zu dem Anschlag hatte sich der Islamische Staat bekannt. Eine von der Türkei ausgerüstete Rebellenarmee hatte die IS-Kämpfer kurz zuvor aus dem nahe der türkischen Grenze gelegenen Al-Bab vertrieben.

De Mistura wollte das ganze Wochenende über in separaten Treffen mit den Delegierten der Regierung und der Regierungsgegner beraten. Allerdings fordern letztere jetzt wieder als Vorbedingung für direkte Gespräche den vorherigen Rücktritt von Syriens Präsident Baschar al-Assad. Dies macht Verhandlungen praktisch unmöglich. roe Seite 7

Kein sicheres Ankunftsland

Täglich zehn Angriffe auf Flüchtlinge 2016 in Deutschland / Unter 560 Verletzten sind 43 Kinder

Auf den Straßen müssen Flüchtlinge ständig mit Gewalt rechnen, selbst in ihren Heimen sind sie nicht sicher. Unionspolitiker fordern ihrerseits mehr Härte – bei der Abschiebung.

Berlin. In Deutschland sind im vergangenen Jahr mehr als 3500 Angriffe auf Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte registriert worden. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Bundestags-Linksfraktion hervor. Es wurden 560 Menschen verletzt, von denen 43 Kinder waren. Die Behörden zählten 988 Angriffe auf Asylunterkünfte, dies waren nur geringfügig weniger als im Vorjahr mit 1031 Taten. Im Jahr 2016 kamen 2545 Angriffe auf Flüchtlinge außerhalb von Unterkünften dazu. Vergleichszahlen für das Vorjahr liegen in diesem Punkt nicht vor. 217 Mal wurden Hilfsorganisationen oder freiwillige Helfer attackiert, wie die Zei-

tungen der Funke-Mediengruppe am Sonntag berichteten.

Die Bundesregierung verurteilte in ihrer Antwort auf die Anfrage der Linksfraktion die Gewalt gegen Flüchtlinge »aufs Schärfste«. In Deutschland Schutz suchende Menschen könnten zu Recht erwarten, »dass sie sicher untergebracht sind«. Die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Ulla Jelpke, forderte mehr Engagement gegen die Gewalt. Es gebe nahezu zehn Taten am Tag, sagte Jelpke den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. »Muss es erst Tote geben, bevor die rechten Gewalttaten als ein zentrales Problem der inneren Sicherheit eingestuft werden und ganz oben auf der Agenda der Innenpolitik stehen?«, fragte die LINKE-Politikerin.

Zu den »dringendsten Konsequenzen dieser Hasstaten« müsse gehören, dass die Bundesregierung damit aufhöre, »durch immer neue Gesetzesverschärfun-

gen im Asylbereich weiter den Eindruck zu erwecken, Flüchtlinge seien eine Bedrohung«, forderte Jelpke. Das sehen Unionspolitiker bekanntlich anders. Auch am Wochenende taten sich einige mit Forderungen nach mehr Ab-

»Es müssten Tausende sein, die abgeschoben werden.«

Bayerns Finanzminister Markus Söder

schiebungen hervor. Grundsätzlich müssten Abschiebungen und Rückführungen durchgesetzt werden, sagte Jens Spahn (CDU) im »Interview der Woche« des Deutschlandfunks. Es könne sich keine Akzeptanz für Hilfe und Aufnahme von Flüchtlingen entwickeln, wenn man letztlich Schlepper und Schleuser darüber

entscheiden lasse, wer nach Deutschland komme. »Wir, die Europäische Union, entscheiden selbst, wer unsere Region und unser Staatsgebiet betritt und wer nicht«, betonte das CDU-Präsidiumsmitglied. Und das bedeute eben auch, dass es Menschen gebe, die »eigentlich reinwollen, die nicht reinkommen« beziehungsweise das Land wieder verlassen müssten. Eine Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen lehnte Spahn ab.

Bayerns Finanzminister Markus Söder (CSU) sagte der »Welt am Sonntag«: »Sammelabschiebungen mit gerade mal 20 Leuten sind ein Witz. Es müssten Tausende sein, die abgeschoben werden.« Die Wähler verstünden nicht, warum junge Deutsche Militärdienst in Afghanistan leisteten, afghanische Männer aber hier bleiben könnten. Letztere sollten sich in ihrer Heimat für Stabilität und Demokratie einsetzen. Agenturen/nd Kommentar Seite 4

Trump-Diät: Kein Essen mit Presse

US-Präsident sagt Teilnahme am traditionellen Journalistendinner ab

Washington. Der Streit zwischen US-Präsident Donald Trump und den Medien eskaliert: Trump sagte am Samstag seine Teilnahme am traditionellen Dinner der Korrespondenten im Weißen Haus ab – er bricht so mit einer jahrzehntelangen Tradition. Die Entscheidung fiel einen Tag nach dem Ausschluss mehrerer regierungskritischer Medien von einer Presse-Unterrichtung im Weißen Haus, was Empörung unter Journalisten ausgelöst hatte. Trump gab seine Entscheidung, nicht an dem Dinner teilzunehmen, über Twitter bekannt. Einen Grund nannte er nicht. »Bitte richtet allen gute Wünsche aus und habt einen tollen Abend«, schrieb er.

Das letzte Mal, dass ein US-Präsident nicht an der Veranstaltung teilnahm, war im Jahr 1981. Damals erholte sich Amtsinhaber Ronald Reagan von einer Schussverletzung nach einem Attentat. Reagan ließ sich jedoch per Telefon zu dem Dinner zuschalten. Ex-Präsident Richard Nixon, der ein angespanntes Verhältnis zu den Medien hatte, sagte seine Teilnahme im Jahr 1972 ab. AFP/nd

Es geht voran – beim Mauerbau

Türkei stellte bereits 290 Kilometer an der Grenze zu Syrien fertig

Istanbul. Die Türkei hat an der Grenze zum Bürgerkriegsland Syrien bereits eine 290 Kilometer lange Mauer errichtet. Damit sei mehr als die Hälfte des geplanten 511 Kilometer langen Mauerabschnitts fertiggestellt, sagte Ergün Turan, der Vorsitzende der an der Errichtung beteiligten staatlichen Wohnungsbaugesellschaft Toki. Demnach erstreckt sich die Mauer über die süd- und südosttürkischen Provinzen Hatay, Kilis, Sanliurfa, Mardin, Sirtak und Gaziantep. Die Elemente seien mobil und könnten damit an anderer Stelle wieder aufgebaut werden. Der drei Meter hohe Wall sei mit Stacheldraht und Wachtürmen versehen. Laut Medien richtet sich die Mauer gegen Schmuggler und Menschen, die illegal über die Grenze kommen.

Die Türkei hat eine rund 911 Kilometer lange Grenze zu Syrien. Die EU hatte die türkische Regierung immer wieder für zu lasche Grenzkontrollen kritisiert. Damit hätten unter anderen Dschihadisten über die Türkei nach Syrien einreisen und sich dem IS anschließen können, so der Vorwurf. dpa/nd

Massenmarsch für Nemzow in Moskau

Tausende erinnerten an Ermordeten und protestierten gegen Putin

Moskau. Tausende Anhänger der russischen Opposition haben bei einem Gedenkmarsch für den ermordeten Politiker Boris Nemzow gegen Russlands Regierung protestiert. Mit Fotos des getöteten Oppositionsführers und weiß-blau-rot gestreiften Nationalflaggen zog die Menge am Sonntag durch das Zentrum von Moskau. »Russland ohne Putin«, wurde immer wieder im Protest gegen Präsident Wladimir Putin skandiert. Die Veranstalter sprachen zunächst von 15 000 Teilnehmern, die Polizei meldete rund 5000 Teilnehmer. Die Sicherheitskräfte riegelten die Demonstration weitgehend ab.

Nemzow war am 27. Februar 2015 in der Nähe des Kremls erschossen worden. Die Tat löste international Empörung aus. Die Anklage geht von einem Auftragsmord aus, wobei sich der angebliche Auftraggeber ins Ausland abgesetzt haben soll. Gegen fünf Tatverdächtige läuft ein Prozess. Nemzows Anhänger vermuten die Hintermänner aber in der Führung der Teilrepublik Tschetschenien im Nordkaukasus. dpa/nd

ISSN 0323-3375

